



Beschlüsse des 33. Altenparlaments

Arbeitskreis 1
„Soziale Teilhabe – Kommunikation – Digitalisierung“

AP 33/1 NEU

Barrierefreiheits-Stärkungsgesetz

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert zu beschließen, dass die Landesregierung im Bundesrat dafür Sorge trägt, dass in Gänze eine sofortige inhaltliche Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen erfolgt.

AP 33/2 NEU

Selbstbestimmungsstärkungsgesetz

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Kontrollmechanismen des o.g. Gesetzes gegenüber den stationären Pflegeeinrichtungen von der Wohn- und Pflegeaufsicht gemäß ihres gesetzlichen Auftrages in den einzelnen Kreisen des Landes Schleswig-Holstein umfassend angewandt werden und die personelle Ausstattung sicher zu stellen.

AP 33/3 NEU

Seniorenbeiräte in den Kommunen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, in allen Kommunen Seniorenbeiräte durch Wahlen einzuführen.

AP 33/4 NEU

Soziale Wohnraumformen

Vom Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Landesregierung wird erwartet, dass die Maßnahmen zur sozial ausgewogenen Wohnungsfürsorge landesweit durch die Gründung einer Landesgenossenschaft für

Wohnungsbau wieder in die Fürsorgepflicht des Landes und der kommunalen Verwaltungen einfließen.

AP 33/6

Verbesserung der Wohnsituation älterer sowie pflegebedürftiger Menschen durch den verstärkten Einsatz technischer Assistenzsysteme im Haushalt

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, für einen verstärkten Einsatz von technischen Assistenzsystemen in den Haushalten älterer sowie pflegebedürftiger Menschen zu sorgen, um insbesondere dem Ziel, dass diese Personen möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können, Rechnung zu tragen.

AP 33/7/8/9 NEU NEU

Kostenfreier ÖPNV

Die Landesregierung Schleswig-Holstein möge sich dafür einsetzen, dass alle Bürger*innen ab Eintritt in den Ruhestand, alle Bürger*innen mit Grundsicherung und alle Bürger*innen mit einem Grad der Behinderung ab 50 % den ÖPNV in Schleswig-Holstein kostenfrei nutzen können.

AP 33/10 NEU

Barrierefreie und datenschutzkonforme Kommunikation sicherstellen

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine barrierefreie und datenschutzkonforme Kommunikation auf allen öffentlichen Kanälen sicherzustellen. Dies kann den Einsatz von Gebärdendolmetschern, Untertiteln, Audiodeskription und Leichte Sprache bedeuten.

AP 33/11 & 12 NEU

Digitale Kompetenz für Ältere – Digitalisierung darf niemanden zurücklassen

Die Landesregierung Schleswig-Holstein möge sicherstellen, dass im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung Mittel eingeplant und später auch eingesetzt werden, damit Software altengerecht und datenschutzkonform gestaltet und zudem die ältere Bevölkerung durch spezielle altengerechte Schulung zur Nutzung der digitalen Techniken befähigt wird.

AP 33/13 NEU

Beratung bei Fragen zu digitalen Zugängen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, die Kommunen dabei zu unterstützen, eine aufsuchende Beratung („Digital-Lotsen“) für Seniorinnen und Senioren für Fragen/Probleme der erforderlichen Digitalisierung zu etablieren. Die Sensibilisierung für den Datenschutz sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.

AP 33/14 NEU

Bezahlbares schnelles Internet

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, den Breitbandausbau in Schleswig-Holstein mit Regulierungs- und Subventionsprogrammen weiter voranzutreiben, mit dem Ziel, einen bezahlbaren Zugang zu schnellem Internet für alle Menschen im Land zu ermöglichen. Darüber hinaus muss die Sicherheit der digitalen Infrastruktur auf ausreichende Widerstandsfähigkeit gegen Unwetter- und Hackerangriffe überprüft werden.

Arbeitskreis 2 „Bewegung – gesunde Ernährung“

AP 33/15 & 18 NEU

Senioren sport

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, bei den Beratungen des Sportfördergesetzes die Belange der Seniorinnen und Senioren besonders zu berücksichtigen.

AP 33/17

Weiterentwicklung des Senior*innenpasses

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, zusammen mit den Kommunen den bestehenden Senior*innenpass weiterzuentwickeln und auf einen Ausbau der Leistungen in den Kommunen hinzuwirken.

AP 33/19 NEU

Möglichkeiten der Bewegung im Wasser insbesondere für Seniorinnen und Senioren

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, mehr Finanzmittel für den Bau, die Reparaturen und den Unterhalt von Schwimmbädern und öffentlich zugänglichen Pools zur Verfügung zu stellen für mehr Bewegungsmöglichkeiten im Wasser und für die Bewegungstherapie auch bei Seniorinnen und Senioren.

AP 33/20

Mehr AnsprechpartnerInnen für Ernährung und Bewegung ausbilden

Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft und mit dem Anspruch, die Lebensqualität älterer Menschen zu erhöhen, werden der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung

aufgefordert, u. a. in Zusammenarbeit mit den Kommunen, dem Landessportverband und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, mehr AnsprechpartnerInnen/MultiplikatorInnen für Ernährung und Bewegung auszubilden. Dies dient letztlich dem Ziel, Menschen in allen Altersgruppen Angebote zu machen, sich ausgewogen zu ernähren und ausreichend zu bewegen.

AP 33/21/22/23 NEU

Qualitätssicherung des Mittagessens „Essen auf Rädern“ und der Verpflegung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Hinblick auf eine gesunde und altersgerechte Ernährung ein Werte-/Qualitätssiegel für „Essen auf Rädern“, die Verpflegung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen eingeführt wird.

AP 33/24 NEU

Mitbestimmungsrechte in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung gewährleisten

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die schleswig-holsteinische Landesregierung werden aufgefordert, sicherzustellen, dass die in § 19, der SbStG – DVO genannten Mitbestimmungsrechte in der Praxis auch tatsächlich gewährleistet werden.

AP 33/25 NEU

Unnötige und ungesunde Inhaltsstoffe in Lebensmitteln

Die Landesregierung Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Maßnahmen für eine hinreichend gut lesbare und allgemeinverständliche Kennzeichnung von Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln, bzw. Maßnahmen zur Abschaffung unnötiger und ungesunder Inhaltsstoffe in Lebensmitteln

zu ergreifen. Sollte dies nicht in der Hand der Landesregierung liegen, wird die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einzubringen.

Arbeitskreis 3

Soziale und wirtschaftliche Folgen

AP 33/26

Pandemieplan und ÖGD

Die Landesregierung möge im Bundesrat initiativ werden, damit eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplans mit dem Ziel erfolgt, die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Pandemie einfließen zu lassen, um zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.

Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:

- a. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in Europa erfolgen.
- b. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschlands sowie in Europa umgesetzt werden.
- c. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen kann.

AP 33/27 NEU

Igel – Individuelle Gesundheitsleistung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die schleswig-holsteinische Landesregierung werden aufgefordert, absoluten Datenschutz nach der DSGVO für die Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) umzusetzen.

AP 33/28 NEU

Produktion systemrelevanter Arzneien – Daseinsvorsorge in staatlicher Hand

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Herstellung und Produktion systemrelevanter Arzneien und ärztlicher Hilfs- und Hygieneprodukte durch europäische Firmen bzw. Firmen auf europäischem Hoheitsgebiet ein-

zufordern, um notwendige, schnelle Lieferfristen zu gewährleisten, die Einhaltung der entsprechenden Standards bzw. DIN-Normen zu garantieren, die Möglichkeiten des Missbrauchs bei den jetzigen Lieferketten zu minimieren und unabhängiger von Staaten zu werden, die den Firmen den Export von Arzneien aufgrund ihrer nationalen Interessen verboten haben.

AP 33/29 NEU

Freiheitsrechte von Menschen in Pflegeeinrichtungen besser schützen

Die Landesregierung soll durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass in einem kommenden Pandemiefall die Freiheitsrechte von Menschen in Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Behindertenhilfe gewahrt bleiben.

AP 33/30 NEU

Rückkehr der Kommunen zur sozialen Verantwortung für ältere Mitbürger

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Verantwortlichen in den Kreisen und kommunalen Verwaltungen mögen dafür Sorge tragen, dass ältere Mitbürger wieder die Möglichkeit erhalten, in kommunalen Pflegeeinrichtungen ihrer Region wohnen und leben zu können. Ferner sollten Pflegeeinrichtungen, die früher in kommunaler Verwaltung lagen und jetzt von ausländischen Großkonzernen betrieben werden, wieder in die kommunale Verwaltung zurückgeführt werden, damit wieder die Menschen und nicht die Renditen im Fokus für den Betrieb einer Pflegeeinrichtung stehen.

AP 33/31

Rekommunalisierung im Gesundheitswesen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, eine Rekommunalisierung im Gesundheitswesen auf den Weg zu bringen.

AP 33/33

Soziale Folgen der Pandemie

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das der Vereinsamung der alten und hochbetagten Bürger*Innen während einer Pandemie entgegenwirkt. Bereits im 31. und 32. Altenparlament sind Anträge gestellt und beschlossen worden, die eine Isolation der alten Menschen verhindern mögen (Alltagsintegration und Digitalisierung). Diese sind im geforderten Konzept zu integrieren. Im Vorfeld sind die technischen Voraussetzungen verstärkt zu schaffen.

AP 33/34

Sorgekultur für ein gutes Leben bis zuletzt

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den schwerstkranken Bewohnern in den stationären Pflegeeinrichtungen, bis zu ihrem Lebensende eine höchstmögliche, erträgliche und lebenswerte Lebenszeit, soziale Teilhabe und Gespräche sowie weitere Angebote zum Ende ihres Lebens zu ermöglichen. Eine Isolation, wie in den letzten zwölf Monaten praktiziert, darf es nicht mehr geben.

AP 33/35 NEU

Folgen der Corona-Restriktionen für die ehrenamtliche Arbeit

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, zu untersuchen, welche Folgen die Pandemie auf die ehrenamtliche Arbeit in Begegnungsstätten, Anlaufstellen, Seniorenheimen, Nachbarschaftshilfen usw. hat; welche Konsequenzen daraus gezogen

werden und wie noch intensiver für das Ehrenamt geworben werden kann.

AP 33/36

Ehrenamtliche Unterstützungsangebote

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, unkomplizierten Zugriff auf gezielte, zweckorientierte und zukunftsorientierte Unterstützungsangebote für ehrenamtliche Selbsthilfegruppen, Organisationen und das Ehrenamt bereitzustellen.

AP 33/37 NEU

Mehr Hilfe und Unterstützung für pflegende Angehörige

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, für Personen, die Angehörige „nicht erwerbsmäßig“ pflegen, eine angemessene finanzielle Unterstützung zu gewährleisten.

AP 33/38

Pflegereform für den Bereich der ambulanten Pflege

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein mögen sich dafür einsetzen, dass die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege nachgebessert werden, u. a. müssen folgende Punkte eingefügt werden:

1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwendungen in der ambulanten Pflege werden durch einen prozentualen Leistungszuschlag gestaffelt nach der Dauer der Pflege, ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.
2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll bezahlt werden und zwar mindestens zum Mindestlohn und über die Pflegekassen abgerechnet werden.

AP 33/39

Abbau von Krankenhausbetten stoppen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative durch ein Gesetz- bzw. Verordnungsverfahren zu garantieren, dass Krankenhaus- bzw. Intensivbetten nicht eingespart bzw. abgeschafft werden, um auch künftig pandemiebedingte hohe Zahlen an erforderlichen Betten für die Patienten zur Verfügung stellen zu können und deren wohnortnahe Unterbringung zu gewährleisten, keine Rücksicht auf die Interessen der durch Aktiengesellschaften geführten Krankenhäusern zu nehmen und durch Gehaltserhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen des Personals den Standard unseres Gesundheitssystems nicht zu gefährden.

AP 33/40

Auskömmliche Hilfe für bedürftige Bürger*innen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass bei zukünftigen Notstandssituationen Bürger*innen mit besonders großem Unterstützungsbedarf schnelle und ausreichend finanzielle Hilfe erhalten. Für Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen sind 100 Euro im Monat ein angemessener Betrag.

AP 33/41 NEU

Mehr Rente für pflegende Angehörige

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Bundesregierung werden aufgefordert, die durch die Pflegeversicherung übernommenen Rentenversicherungsbeiträge für Personen, die Angehörige pflegen zu erhöhen.

AP 33/42

Minijobs abschaffen

Die Landesregierung wird im Rahmen einer Bundesratsinitiative aufgefordert, sich für die Abschaffung sogenannter Minijobs bzw. deren

Überführung in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen.

AP 33/43

Weiterbildung und Qualifizierung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Rechte von ArbeitnehmerInnen auf Weiterbildung und Qualifizierung während der Pandemie bzw. während der daraus resultierenden Kurzarbeit und darüber hinaus zu stärken, indem ein individueller Anspruch auf berufliche Weiterbildung gesetzlich verankert wird. Zudem sollten Betriebs- und Personalräte ein generelles Initiativrecht bei der Ein- und Durchführung betrieblicher Berufsbildung erhalten, entsprechende Programme aufzulegen, die politischen Voraussetzungen und die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um dafür Sorge zu tragen, dass die Firmen und deren ArbeitnehmerInnen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

AP 33/44 NEU

Bestattungsgesetz

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, das Bestattungsgesetz Schleswig-Holstein vom 18.02.2005 zu ändern, um angemessene, vereinfachte und kostengünstige Bestattungen zu ermöglichen. Bei der Vereinfachung des Bestattungsgesetzes würde ein Beitrag zur Kostendämmung letztendlich zur Vermeidung von Altersarmut beitragen.

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: registratur@landtag.ltsh.de
sh-landtag.de

Gestaltung: amatik Designagentur, Kiel

Weitere Dokumente unter
sh-landtag.de/service/altenparlament